

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Mehr Schul- und Kitaplätze auch durch private Bauherren schaffen – Nachverdichtungspotenziale intelligent nutzen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, in besonders verdichteten Berliner Stadtteilen Flächenpotenziale auf geeigneten Gewerbeflächen wie beispielsweise Lebensmittelmärkten und -parkplätzen oder gewerblich genutzten Flachbauten zu identifizieren und zu prüfen, welche der bestehenden Standorte für eine (Teil-)Überbauung nicht nur mit Wohnungen, sondern auch mit Schulen oder Kindertagesstätten genutzt werden können. Gewährleistet werden muss in diesem Zusammenhang die Bereitstellung geeigneter Außen-, Freizeit- und Sportflächen, bei den beispielsweise auch Dachnutzungen und Nachbargrundstücke mit einbezogen werden können, sowie ein ungestörter Kita- bzw. Schulbetrieb einschließlich der Sicherheitsvorschriften und -standards für Kitakinder bzw. für die Schülerinnen und Schüler.

In enger Abstimmung mit den Bezirken, Filialunternehmen und Eigentümern soll zudem erörtert werden, welche rechtlichen und baulichen Voraussetzungen für eine Überbauung gegeben sein müssen und wie viele der bestehenden Flächen somit für die Schaffung zusätzlicher Schulplätze unter den oben genannten engen Rahmenbedingungen zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus wird der Senat aufgefordert zu prüfen, inwieweit Grundstücksflächen privater Bauherren für die Errichtung von Schulgebäuden genutzt werden können. Hierzu soll eine Übersicht erstellt werden, aus der hervorgeht, welche Grundstücke in privater Hand für die Schaffung von Schulneubauten grundsätzlich nutzbar sind. In einem zweiten Schritt soll im Gespräch mit potenziell interessierten Bauherren erörtert werden, unter welchen Voraussetzungen diese ihre Grundstücksflächen zur Verfügung stellen würden.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 31. Juli 2020 über den Stand der Umsetzung zu berichten.

Begründung

Die Berliner Bildungskrise ist nicht zuletzt auch eine Schulplatzkrise. Die vom Senat angekündigte Schulbauoffensive ist bis heute nicht viel mehr als ein vollmundiges Versprechen, dessen Umsetzung Rot-Rot-Grün bisher schuldig geblieben ist. Sowohl der Neubau von Schulen als auch dringend notwendige Sanierungsmaßnahmen kommen nur schleppend voran. Gleichzeitig fehlen bei steigenden Schülerzahlen bereits in den kommenden zwei Jahren tausende Schulplätze. Schulartenübergreifend wird ein rechnerisches Schulplatzdefizit von 9505 Plätzen für das Schuljahr 2021/22 prognostiziert (Vgl. Pressemitteilung des Senats vom 28. Januar 2020 zum 4. Bericht zum Maßnahmen- und Finanzcontrolling zum Schulbauprogramm des Landes Berlin). Dass sich Bezirke mittlerweile hilferufend in Brandbriefen an die Schulleitungen wenden, weil sie sich vom Senat nicht ausreichend unterstützt fühlen, ist ein weiterer Ausdruck verfehlter Regierungspolitik, der ein sofortiges Handeln erfordert. Die CDU-Fraktion setzt sich seit Jahren für eine Beschleunigung der Schulbauvorhaben sowie dringend erforderlicher Sanierungsmaßnahmen ein.

Um die Schulplatzkrise abzumildern, sind darüber hinaus auch innovative und zukunftsorientierte Lösungen angezeigt. In Berlin gibt es über 300 eingeschossige Lebensmittel-, Drogerie- und Getränkemärkte an Standorten, die sich aufgrund ihrer Lage und Umgebung für eine Nachverdichtung anbieten. Die Gebäude sind in der Regel zentral gelegen und gut angebunden. Sowohl in Berlin als auch in anderen Städten wurden in der Vergangenheit bereits vielfältige gute Beispiele Nutzungsgemischter Immobilien realisiert. Die Nachverdichtung bereits vorhandener Lebensmittelmarktstandorte bietet dabei nicht nur Potenzial für eine erhebliche Zahl zusätzlicher Schulplätze, sondern trägt zugleich zur Verbesserung der bezirklichen Infrastruktur bei. Aufgrund der schnellen Erreichbarkeit für Familien ist darüber hinaus von einem starken unternehmerischen Interesse auszugehen. Dass sich Supermärkte auch für die Überbauung mit Schulen eignen, zeigt beispielhaft das Projekt der Deer Park School in Twickenham. In Berlin gibt es ein weiteres Beispiel für gelungene Nachverdichtung: die Nutzung des Daches der Zehlfendorfer Welle als Schulhof und Standort für die Zwei-Feld-Turnhalle der Freien Schule Anne-Sophie.

Neben der Überbauung von Gewerbeflächen bieten auch Grundstücksflächen privater Bauherren Potenzial für weitere Schulgebäude, die in den bisherigen Planungen nicht berücksichtigt wurden. Sobald die entsprechenden Liegenschaften identifiziert wurden, sollen durch den Senat Schulbauprojekte ausgeschrieben werden, auf die interessierte Privatpersonen reagieren können. Durch Mietkauf-Modelle oder festgesetzte Renditen von bis zu 3% schafft das Land Berlin auf der einen Seite Anreize für Unternehmer und beugt auf der anderen Seite einer übermäßigen finanziellen Belastung vor. Die privaten Bauherren müssen sich dabei auf einen festen Kostenrahmen und einen Zeitplan bei der Erstellung festlegen. Eine Kooperation mit privaten Bauherren zur Schaffung von Schulplätzen wurde bereits im Zuge der Debatte um das Kinderkrankenhaus Weißensee in Betracht gezogen, die positive Effekte für alle Beteiligten erwarten lässt.

Berlin, 3. März 2020

Dregger Stettner
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion der CDU